



---

## Ausschuss für Frauenpolitik

28. Sitzung (öffentlich)

7. November 2003

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 11:55 Uhr

Vorsitz: Inge Howe (SPD)

Stenograf: Franz-Josef Eilting

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 **Gesetz zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und der kommunalen Selbstverwaltung - GO-Reformgesetz 2003** 1

Gesetzentwurf

der Fraktion der FDP

Drucksachen 13/3899 und 13/3996

Ausschussprotokoll 13/942

Bericht des Innenministeriums

Abschließende Beratung und Abstimmung über ein Votum an den federführenden Ausschuss

MR Plückhahn (IM) berichtet dem Ausschuss.

Nach kurzer, abschließender Beratung **empfiehlt** der Ausschuss für Frauenpolitik dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den **Gesetzentwurf abzulehnen**.

- 2 **Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen "Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen" (Drucksache 13/3538 - Neudruck), hier Art. V: Änderung des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet (= Entwurf zum Gesetz über den Regionalverband Ruhrgebiet [RVR])** 5

Zuschrift 13/3061

Marianne Hürten (GRÜNE) gibt dem Ausschuss den Stand des Beratungsverfahrens zur Kenntnis.

- 3 **Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen und zur Änderung anderer Gesetze** 6

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 13/3855

Ausschussprotokoll 13/936

Bericht des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Ausschuss nimmt einen Bericht von MR Burkert (MGSFF) entgegen.

In der anschließenden Beratung des Gesetzentwurfes ergeben sich Anregungen von Ausschussmitgliedern, die das zuständige Ministerium mitnimmt.

Der Ausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP, dem **Gesetzentwurf zuzustimmen**.

- 4 **Einladung an Prof. Dr. Irmgard Nippert von der Universität Münster, einen Vortrag zum Thema "Gender und Forschung" im Ausschuss zu halten** 11

Nach kurzer Erörterung beschließt der Ausschuss einvernehmlich, Frau Prof. Dr. Nippert zu bitten, einen Vortrag im Ausschuss für Frauenpolitik zu halten, zusätzlich das Wissenschaftsministerium und die LAG der Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen einzuladen und nach Möglichkeit den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung daran zu beteiligen.

**5 Zeichen setzen: Bedingungen für einen höheren Frauenanteil unter den Lehrenden und Forschenden an Wissenschaftseinrichtungen verbessern**

12

Antrag  
der Fraktion der CDU  
Drucksache 13/3806

Nach kurzer abschließender Beratung **empfiehlt** der Ausschuss für Frauenpolitik mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimme der Fraktion der FDP dem federführenden Ausschuss, den als Tischvorlage verteilten **Entschließungsantrag** der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen (s. *Drucksache 13/4698*) **anzunehmen** und den CDU-Antrag Drucksache 13/3806 für erledigt zu erklären.

**6 Verschiedenes**

13

**a) Frauen und Recht  
Landesweite Aktionswochen 2003**

Der Ausschuss nimmt einen Bericht der RAng Dr. Vollmer (MGSFF) entgegen; anschließend ergibt sich eine kurze Aussprache.

**b) Terminplanung**

14

Nach kurzer Erörterung legt der Ausschuss fest, die abschließende Beratung des Haushaltsentwurfs am 9. Januar 2004 durchzuführen, und beschließt einstimmig den Terminplan 2004.

\*\*\*\*\*



**2 Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen "Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen" (Drucksache 13/3538 - Neudruck), hier Art. V: Änderung des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet (= Entwurf zum Gesetz über den Regionalverband Ruhrgebiet [RVR])**

Zuschrift 13/3061

Beratung

**Vorsitzende Inge Howe** legt dar, bei dem Beratungsverfahren zu dem dargestellten Gesetzentwurf sei der Ausschuss für Frauenpolitik zunächst nicht beteiligt. Die Federführung habe der Ausschuss für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform.

Zu dem Gesetzentwurf habe sie jedoch eine Stellungnahme des Frauen-Netzwerkes Ruhrgebiet erreicht, die sie als Zuschrift 13/3061 an alle Ausschussmitglieder habe verteilen lassen. Deren Anliegen sei es, Gender-Mainstreaming als handlungsleitende Strategie des Regionalverbandes Ruhrgebiet und für die Entwicklung der Region im Gesetzentwurf zu verankern. - Auf Wunsch der Fraktion der Grünen habe sie diese Stellungnahme auf die heutige Tagesordnung gesetzt.

**Marianne Hürten (GRÜNE)** teilt mit, diese Zuschrift sei schon vor der Sommerpause eingegangen. Die Fraktion der Grünen habe sich bemüht, dem Anliegen im federführenden Ausschuss Rechnung zu tragen. Sie sei froh, mitteilen zu können, dass das gelungen sei: Die Koalitionsfraktionen hätten sich auf einen Änderungsantrag verständigt, der auch die von dem Netzwerk angesprochenen Punkte beinhalte.

In dem Änderungsantrag solle beispielsweise vorgeschlagen werden, dass als Mitglied mit beratender Stimme u. a. eine Vertreterin der kommunalen Gleichstellungsstellen und der Regionalstellen "Frau und Beruf" in die Verbandsversammlung gewählt werde. Auch solle verankert werden, dass der Vorstand u. a. die Aufgabe habe, die Führung des Verbandes unter Beachtung der Strategie des Gender-Mainstreaming zu veranlassen und zu überwachen.

Der Änderungsantrag liege leider noch nicht als Drucksache vor. Sie gehe davon aus, dass der Frauenausschuss dies auch so zur Kenntnis nehmen könne.